

**Wapenpreis:**  
Monatlich in Neuenburg  
à 1.50 Durch die Post  
in Orts- und Oberamt-  
verheer, sowie im sonst-  
in Verk. à 1.80 in Post-  
zeitung. Preise frei.  
Preis einer Nummer  
10.-  
In Fällen d. Gewähr  
besteht kein Anspruch auf  
Erfüllung der Zeitung ob-  
auf Rückerstattung des  
Bezugspreises.  
Bestellungen nehmen alle  
Poststellen, sowie Agen-  
turen u. Zustellstellen  
jederzeit entgegen.  
Fernsprecher Nr. 4.  
Grußkarte Nr. 24  
D. L. - Wapenpreis

# Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.

Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenburg.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Druck und Verlag des E. Weiblen Buchdruckerei (Inhaber D. Strom). Für die Schriftleitung verantwortlich D. Strom in Neuenburg.

**Wapenpreis:**  
Die einjährig Bestellte  
oder deren Raum 24.-  
Kleinere Zeilen 80.-  
Kleinere Zeilen 100.-  
Preis Zeitungs, Offerte  
und Anzeigenverteilung  
20.- Bei größeren  
Aufträgen Rabatt, der  
im Falle des Abbruches  
hinsichtlich wird,  
ebenfalls wenn Zahlung  
nicht innerhalb 8 Tagen  
nach Rechnungsdatum  
erfolgt. Bei Zeitungs-  
leistungen treten sofort  
dieselben Bedingungen  
anher Kraft.  
Gerichtsstand für beide  
Teile: Neuenburg.  
Für alle Nachr. nicht be-  
gründet übernommen.

### Politische Wochenrundschau.

Am nächsten Sonntag finden in den meisten Städten und Gemeinden Württembergs die Gemeinderatswahlen statt, soweit sie nicht schon zu einem kleineren Teil am letzten Sonntag stattgefunden haben. Die Gemeinderäte werden auf je sechs Jahre gewählt. Es wird aber nicht das ganze Kollegium neu gewählt, sondern immer nur die Hälfte, sodass also alle drei Jahre Gemeinderatswahlen stattfinden. Da die neue Gemeindeordnung im Landtag noch lange nicht erledigt ist, findet die Wahl diesmal noch, aber zum letztenmal, nach den alten Bestimmungen statt. Die einzelnen Parteien und sonstigen Wählervereinigungen, die Wahlvorschlüsse eingereicht haben, bilden in dieser Woche noch eilig Wahlversammlungen ab, um die Wähler aufzurufen. Die Politik der Gemeinden verdient ebenso Beachtung, wie die des Staates und des Reiches, denn auf den Gemeinden als den Grundzellen baut sich das Staatswesen auf. Auch bei den Gemeinderatswahlen ist das Wahlrecht gleich Wahlpflicht und wer aus Verantwortung und Interesseliebe auf diesem Posten, der sich selbst die Schuld anzurechnen, wenn auf dem Posten es ihm nicht nach Wunsch geht. Die in den meisten größeren Städten unternommenen Versuche, eine Lebensversicherung zwischen den bürgerlichen Parteien, als eine bürgerliche Einheitsfront gegenüber den sozialistischen Parteien herbeizuführen, sind nicht in allen Städten von Erfolg begleitet gewesen. In der Landesparlamentarität ist dieser Versuch völlig mislungen. Diese unheilvolle Zerplitterung, die zur Folge hat, dass eine Verwirklichung der Hoffnungen zugunsten einer bürgerlichen Partei unmöglich ist, eröffnet, wenn man dazu noch die Behauptung, die befanntlich bei den bürgerlichen Kreisen großer ist, als bei den sozialistischen Parteien, in Rechnung stellt, keine allzu günstigen Aussichten.

Der nächste Landtag hat das umfangreiche Bewilligungsgesetz in überaus kurzer Zeit verabschiedet. Das war möglich, weil das Bewilligungsgesetz im wesentlichen nur eine Kodifizierung des bestehenden aber in alle möglichen Weisen zerstückelten Bewilligungsrechts ist und nur wenig materielle Änderungen brachte. Die schon im Finanzjahrabschluss hatte auch im Rahmen die Einteilung in das Gesetz Schenkungen hineinzubringen, wonach die Beamten auf die Verfassung eidesch zu verpflichten sind, ferner für den Staat und die Abtug der republikanischen Staatsform und Habitus innerhalb ihrer Amtstätigkeit einzutreten haben. So schließlich solche Bestimmungen an sich sind, so war ihre Annahme in das Bewilligungsgesetz doch so überflüssig wie ein Kröpf, da diese Verpflichtung sich bereits aus der Verfassung ergibt. Mit Recht hat daher die Mehrheit des Landtags diese Anträge der Linken abgelehnt.

Nach mehr als vierwöchiger Dauer ist der große Arbeitskonflikt im Ruhrgebiet zu Ende gegangen. Es ist das Verdienst der Reichsregierung, dass sie durch ihr Eingreifen das rasche Ende ermöglicht hat. Die Reichsregierung hat als Schlichter den Reichsinnenminister Seering vorgehalten und von beiden Parteien verlangt, dass sie sich verpflichten, den von Seering zu schlichtenden Schlichtungsprozess vorbehaltlos anzunehmen. Diese beiden Vorbedingungen sind von den Arbeitgebern wie Arbeitnehmern angenommen worden. Mit ihrer Annahme war der Ruhrkampf beendet. Die Arbeitgeber haben sofort die Konsequenzen daraus gezogen und die Auslieferung aufgehoben und die Arbeiter haben davonhin die Arbeit wieder aufgenommen. Seering ist bereits in das Ruhrgebiet abgereist, um die Verhältnisse an Ort und Stelle zu prüfen. Sein Schlichtungsprozess ist nicht vor Ende nächster Woche zu erwarten, da die Aufstellung des Textes eine äußerst komplizierte Arbeit ist. Das beim Reichsarbeitsgericht anhängige Verfahren wegen der Rechtsnichtigkeit des im geschlossenen Schlichtungsverfahren ergangenen ersten Schlichtungsbeschlusses wird wegen seiner grundsätzlichen Bedeutung weitergeführt werden.

### Deutschland.

**Borheim, 7. Dez.** Vier wurde ein Ausländer unter dem Verdacht des Landesverrats festgenommen.

#### Beiträge zur Gebäudebrandversicherung.

Auf die Kleine Anfrage des Kog. Ströbele betr. Erhöhung der Beiträge bei der Gebäudebrandversicherung hat das Innenministerium folgende Antwort erteilt: Die Beitragsätze der staatlichen Gebäudebrandversicherung werden gemäß Art. 23 des Gebäudebrandversicherungsgesetzes je für ein Jahr vom Innenministerium festgesetzt. In der Frage, ob die außerordentlich zahlreichen und schweren Brandkatastrophen des Jahres 1928 zu einer Erhöhung der Umlageätze für 1929 nötigen, hat die Gebäudebrandversicherungskommission noch keine Stellung genommen. Die Gebäudebrandversicherungskommission hat auch nicht die Absicht kundgegeben, die landwirtschaftlichen Gebäude in höhere Schadenklassen einzuteilen. Die bezüglichen Verhältnisse werden bei der im Gang befindlichen Neubearbeitung der Klassenliste unter gleichzeitiger Berücksichtigung der sämtlichen Lage der Landwirtschaft sorgfältig geprüft werden.

#### Eine Wahlrede des Staatspräsidenten.

**Stuttgart, 7. Dez.** Anlässlich der Gemeinderatswahl veranlasste das Zentrum gestern eine Wahlkundgebung. Hauptredner dabei war der Staatspräsident Dr. Brüning, der zunächst auf die Außenpolitik eingieng und erklärte, dass deren Führung in den letzten 10 Jahren immer mehr Anhänger im Volk gefunden habe ohne Unterschied der Parteien, ein Beweis dafür, dass sie im allgemeinen den rechten Weg gegangen sei. Dennoch müsse man getrieben, dass noch heute, nach 10 Jahren, ihr Bild grau und düster sei. Trotz aller Berechtigung der Friedensbewegung könne man nicht bestritten, dass wir uns militärisch so weit rücken müssen, als es der Verfall der Vertrag erlaubt. Der Zeitpunkt für eine endgültige Regelung der Reparationsangelegenheiten sei noch nicht gekommen. Auf dem

Wohle der inneren Politik zeige der Weidner einige Ursachen ihrer Schäden und Fehler. Bei den innerpolitischen Fragen handle es sich immer wieder um die Forderung nach Arbeit und Brot. Verständlich sei es, dass das ganze Volk und jeder einzelne darnach strebe, sein eigenes Schicksal zu verbessern. Wir seien nicht dazu allein da, von morgens bis abends zu schreien und auf jeden Lebensgenuss zu verzichten, wir haben vielmehr das Recht, die Lebenshaltung zu heben und menschenwürdiger zu machen. Aber es gebe eine Grenze, die man keinesfalls überschreiten dürfe. Das Volkseinkommen müsse die Lebenshaltung bestimmen. Wer mehr verzehre, lebe am Schmalen, je mehr am Vermögen. Wenn wir nicht bald einsehen lernen, dass das schon längst in Deutschland der Fall sei, dann werde uns die Zukunft dazu zwingen. Die Wirtschaft klinge über Arbeitslosigkeit, Lohnmangel, Steuerdruck, große soziale Lücken usw. Man vergesse aber, dass diese Lebensstände alle innerlich voneinander hängen. Bei der Suche darnach, dauernd zu einer Besserung zu kommen, liegen 2 Wege vor uns: der eine geht dahin, das absolute Einkommen zu heben, der andere zielt nach einer Senkung der Lebenshaltungskosten. Der erste Weg sei der bequemere, der letztere aber sicher der bessere; von ihm allein dürfe man eine Besserung der Lebensbedingungen, eine Einschränkung der Arbeitslosigkeit usw. erwarten. Wenn jeder Stand seine eigenen Forderungen für das wichtigste halte, führe es dazu, dass unsere Parteien demagogisieren und dass der Parlamentarismus in eine kriegerische Krise hineinkomme. Dem Mangel an Verantwortungsgefühl der Parteien und der Abhängigkeit dieser von den Stimmungen der Wähler folge ein unabdingbarer Niedergang des Parlamentarismus. Wenn man heute von einer Verfassungsreformrede spreche, so könne man nur die Erwartung ausdrücken, dass diese nicht nach dem Vorbild der politischen Demokratie ausfälle. Der Staatspräsident beschränke dann noch die Verengung innerhalb der Zentrumspartei, die darauf zurückzuführen seien, dass nur nach Wirtschafts- und Verfassungsfragen die politische Situation bestimmen. Auch das werde das Volk die Einsicht gewinnen, dass die Ideen wieder den Ausschlag geben bei der Bewertung eines politischen Streites. Dieses einige Konkrete mit den Wählern haben, aber bestimmt nicht lange mehr weiter. Mit großen Worten und schönen Verheißungen könne man nur Augenwischerei betreiben.

#### Württ. Städtetage.

**Stuttgart, 4. Dez.** Der Vorstand des Württ. Städtetags trat kürzlich zu einer Sitzung zusammen, in der er sich mit einer Reihe juristischer Probleme beschäftigte und zu gebanntem Interesse die Beschlüsse fasste. Nach den neuesten reichsgesetzlichen Bestimmungen über den Kraftwagenverkehr sollen künftig auch Elektrolampen von über 3 Tonnen Eigengewicht mit Vorzeichen versehen sein, eine Bestimmung, die einschneidende konstruktive Veränderungen des Fahrzeuges der Elektrolampen erfordere, ihre Wirtschaftlichkeit in Frage stellen und damit die einschlägige Industrie fast schädigen würde. Der Vorstand des Städtetags sprach sich deshalb dafür aus, dass im Interesse der Kleinverbreitenden und der Industrie eine Sonderbestimmung getroffen wird, wodurch allgemein im Reich die Verwendung von 100 oder 120 Kilowattstunden zugelassen, die Höchstgeschwindigkeit dieser Karren aber auf nicht mehr als 15 Km. pro Stunde festgelegt werden soll. Die Anwendung von Ortsschildern in sehr großem Format auf Karren, auf Lastwagen usw. zur Orientierung der Verkehrsteilnehmer wird der Vorstand auch in ganz seltenen Fällen für praktisch durchführbar. Die Aufwendung von Mitteln der Gemeinden für diesen Zweck jedenfalls nicht in Frage kommen. Für die Dispositionen der Feuerwehren, Sanitätskolonnen und dergl. bei Eisenbahnunfällen sollte der Vorstand hinsichtlich der Frage der Entschädigung der Mannschaften durch die Reichsbahn Absichten auf, an die sich die einzelnen Städte halten können. Einverständnis erklärte er sich mit der Gründung eines Landesverbandes zur Befämpfung der Schlichterarbeiten, eine Gründung, die im Interesse der durch Reichsgesetz geordneten Sicherstellung der ärztlichen Behandlung milderer Mittelvermittelten Schlichterarbeiten aus öffentlichen Mitteln in Württemberg geplant ist. Er hat auch dagegen nichts einzuwenden, dass diesem Verband zur Erfüllung seiner Aufgaben alljährlich neben einem kantonalen Beitrag, einem Beitrag der Landesversicherungsanstalt Württemberg und der Arbeitsgemeinschaft der württ. Krankenkassen, sowie einem Beitrag der Stadt Stuttgart von seiten der Landesfürsorgebehörde für die sonstigen Gemeinden ein Beitrag von 20.000 Reichsmark zugesagt wird. Die übrigen Beratungsgegenstände betrafen die Neuordnung der Streckenklasse, die Art der Erhebung der Gemeindebeiträge, die Veranlagung zur Gewerbesteuer, sowie einige andere, teils untergeordnete, teils interne Fragen.

#### Die Wirtschaftspolitik des Zentrums.

**Köln, 4. Dez.** Als Aufruf zum Zentrum-Neuwahltag hat sich heute in Köln der Reichsausschuss der Deutsche- und Industrie-Verträge der deutschen Zentrumspartei versammelt, um dem Generalsekretär Dr. von Gumpel-Runkel über das Verhältnis zwischen Arbeiterschaft und Unternehmer zu sprechen. Er nahm für die katholischen Unternehmer in Anspruch, dass sie unbedingt Anhänger der Gewerkschaften sind, obwohl eine Einheitsgewerkschaft wirtschaftlich schwerträglicher wäre, während doch zwingende Gründe für das Bestehen der christlichen Gewerkschaften. Zwar sagten die Mitglieder im Lande sehr oft und sehr lebhaft gerade über die christlichen Gewerkschaften, er hoffe jedoch, dass das gute Verhältnis, das an der Spitze herrsche, auch im Lande langsam sich durchsetze. Das Lohnproblem sei im Grunde ein Produktionsproblem. Der Arbeiter besitze nicht als absoluter Käufer der höherer Löhne in der Form der Reallohn. Deshalb träten die ihm naheliegenden Kreise überall dafür ein, die

Löhne so hoch wie eben möglich zu gestalten an die Verhältnisse so niedrig wie möglich zu halten. Im übrigen könnten die zur Förderung der Arbeit notwendigen Fragen nicht von Staat wegen gelöst werden. Der Staat könne nur das Existenzminimum festlegen. Das reformbedürftige Schlichtungsverfahren könne nur als letztes Mittel gelten, wenn alle privaten Mittel versagen und ein öffentliches Interesse vorliegt. Ein unbedingtes Streik- und Aussperrungsverbot halte er für unmöglich. In Bezug auf die „Wirtschafts-Tempestade“ befürchte Gumpel-Runkel verschiedene Forderungen und gewisse Schritte mitzumachen, aber einer Forderung der Eigentümerversammlung gelte die größte Beachtung. Der Reichsausschuss habe unbedingt auf dem Boden der kapitalistischen Wirtschaftsordnung in der Form, wie sie der Kaiser Erbschaft verschiedentlich präzisiert hat. Im übrigen halte er Mitbestimmung und Mitbestimmung in gewissen Ausmaß für möglich beim eigentlichen Produktionsprozess in Form von Anregungen und neuen Ideen der Arbeiterschaft und bei den sozialen und Wohlfahrts-Einrichtungen der Betriebe. Jedoch lehnt von Gumpel die Mitbestimmung der Arbeiterschaft und der Parteien und Syndikaten ab, wo lediglich eine vernünftige Staatsaufsicht angeordnet sei. Auch eine Mitbestimmung der Arbeiterschaft innerhalb der Tarifkommissionen sei unerheblich. Er lehne in dem Württemberg der Arbeiterschaft ein Mittel, das Verhältnis für wirtschaftliche Dinge teilen zu lassen. Kleinrenten und Gemeinvermögen seien allerdings schon praktisch verwirklicht, ohne den Arbeit zu haben, den man sich versprach. Wegen der Unberücksichtigung der Arbeiterschaft könne nur die Wiedereinnahme des Bereichs „Recht“ Abhilfe schaffen. Der Arbeiter verlangte schließlich von der Zentrumspartei, dass sie „initiativ herauszutreten“ und nicht von allen Meinungen die seine nehme, um daraus ein eigenes Gebräu zu machen.

Am den 8. Dez.

Die Kammer der Abgeordneten hat in ihrer gestrigen Sitzung zu der bedeutenden Frage der wirtschaftlichen Unterbrechung der Schwangerschaft in sehr eingehender und sehr lebhaften Erörterungen Stellung genommen. Im wesentlichen ging die Frage darum, ob zu fordern und den Weibern gestattet ist, aus anderen Rücksichten, als sie die Gesundheit und die Erhaltung des Lebens der Frau betreffen, eine Schwangerschaft künstlich zu unterbrechen, oder ob auch die sozialen und eugenischen Gründe maßgebend sein sollen. Die Abstimmung, die zum Teil recht überaus verliert, hatte das Ergebnis, dass die Kammer der Abgeordneten mit einer, wenn auch geringen Mehrheit dagegen auszusprechen, dass die Unterbrechung der Schwangerschaft aus wirtschaftlichen Gründen zulässig sein solle, konkret wurde eine Änderung der bestehenden Bestimmungen in der Richtung gefordert, dass für die Unterbrechung der Schwangerschaft durch den Arzt mit der geschiedlichen auch die sozialwirtschaftliche Indikation in Betracht gezogen werden müsse. Es wurde dann ferner eine vom Reichsausschuss vorgeschlagene Entscheidung angenommen, in der zum Ausdruck gebracht wurde, dass, wenn in zahlreichen Fällen Ärzte aus anderen als aus gesundheitslichen Gründen zur Unterbrechung der Schwangerschaft angegangen werden, über pflichtgemäße Weigerung vielfach die Konsequenzen der Unterbrechung und infolgedessen zahlreiche Todesfälle von Frauen zur Folge habe. Angenommen wurde auch ein Antrag, der die sogenannte eugenische Indikation fordert, d. h. a. a. bei unheilbaren Geisteskranken, erwiesener Keuschheit und dergleichen. Für solche Fälle aber, wurde beschlossen, soll der Eingriff nur in öffentlichen Krankenhäusern und unentgeltlich vorgenommen werden dürfen. Dem Antrag länger entsprechend wurde weiter zum Ausdruck gebracht, dass die notwendige Aufklärung, dass eine ledige Mutter durch eine Unterbrechung mit einem Kater behaftet sei, unbedingt bereitgestellt werden müsse.

### Ausland.

**Paris, 6. Dez.** Barter, Gilbert soll Boingre vorgeschlagen haben: Die zweite Rheinlandezone wird geräumt, wenn die deutsche Schuld mobilisiert und die Schuldverrichtungen an die Gläubiger verteilt sind.

#### Briand und Poincaré zur Reparationsfrage.

**Paris, 7. Dez.** Nicht nur Ministerpräsident Poincaré, sondern auch Außenminister Briand haben gestern vor der Kammerkommission für auswärtige Angelegenheiten Erklärungen über die Reparationsfrage abgegeben. Das nach Schluss der Aussprache ausgedehnte Kommuniqué äußert sich in ziemlich unterschiedlichem Ton über die Ansichten, in der Reparationsfrage mit Deutschland und den übrigen Alliierten zu einer Verständigung zu gelangen. Doch wird ein Hauptgewicht auf die Feststellung gelegt, dass die Beschlüsse der Sachverständigen für die Reparationsfrage keineswegs bindend seien. Es liegt an ihr, darüber zu entscheiden, ob die Ergebnisse der Sachverständigenkonferenz geeignet seien, als Grundlage einer Neuregelung der Reparationsfrage zu dienen.

#### Annahme des französischen Marinebudgets.

Die Kammer hat in einer Nachtigung das Budget des Marineministeriums, das gestern nachmittag in Angriff genommen war, verabschiedet. Aus den Ausführungen des Berichterstatters für das Marinebudget ergibt sich, dass 1914 die Summe von 641 Millionen Franc in das Budget eingestellt war, 1929 dagegen 325 Millionen. Von der Zahl für 1914 seien 128 Millionen für Neubauten bestimmt gewesen, 1929 dagegen rund eine Milliarde.

#### Zwei Ostbefehle im Pariser Finanzstand.

**Paris, 7. Dez.** Der mit der Unterbrechung des Finanzstandes der „Gazette de France“ beauftragte Unterrichtsminister hat sich entschlossen, auch den Direktor und Chefredakteur der „Gazette“ des linksstehenden Deputierten Pierre Audibert, sowie den juristischen Berater dieses Finanzblattes, Deriant, verhaften zu lassen. Der Ostbefehl gegen Audibert

# Bürgerliche Wählerinnen und Wähler, stimmt reiflos ab bei der Gemeinderatswahl!

wird allerdings vorläufig nicht eingeführt werden können, da dieser infolge der Aufregung der letzten Tage schwer erkrankt ist. Der Reichswahlminister Präsident Weizsäcker und dem sozialistischen Abgeordneten Ullrich hat seinen Fortgang. Weizsäcker behauptet in seiner Antwort, Ullrich habe bereits viel Wasser in seinen Wein gegossen. Er gibt zwar die von Ullrich angeführte Tatsache zu, daß zahlreiche Parlamentarier und Kabinettsmitglieder an gesellschaftlichen Unternehmungen beteiligt sind, erklärt aber, es sei nicht leicht, daran etwas zu ändern.

## Aus Stadt und Bezirk.

### Sonntagsgedanken.

#### Nicht leuchtet.

Niemand ist so arm, daß er nicht für einen noch ärmeren ein Sonnenstrahl, ein Lebenslicht werden könnte, niemand so reich, daß er nicht beides braucht.

Das Licht ist in die Welt gekommen zu denen, die das Licht haben, wie man es liebt, mit hingebender, alles ertragender Liebe.

Stille Lampe nur sein,

das macht' ich nicht!

Doch das macht' ich gerne,

hinauf in die Sterne,

Lichtträger sein.

G. Rohrer.

**Reutlingen, 1. Dez.** (Aus der Bezirksratswahl vom 6. Dezember.) Im Zusammenhang mit der Beratung einer Änderung der Vermessungsgebühren kam man zu dem Entschluß, der Änderung der Vermessungsorganisation in der Richtung der Schaffung eines einheitlichen Vermessungsamtes näher zu treten. — Von den Beteiligten der früheren Angehörten bei der Oberamtsverfassung, Ida Böhm, nahm der Bezirksrat mit Bedauern Kenntnis; eine endgültige Stellungnahme zu der ganzen Frage und der von einigen Waldrennacher Sparern geforderten Entschleunigung muß bis nach Abschluß des gerichtlichen Verfahrens vorbehalten bleiben. — Eingehend erörtert wurde die derzeitige Lage im Streit über die Schwarzwaldbauverordnungspläne der Stadt Stuttgart. — Der mit den beteiligten Körperschaften abgeschlossene Vertrag über die Erhaltung und Unterhaltung der Kleinstraßen wurde zum 1. Januar 1929 an das Amt übergeben. — Die Kollektivhaftpflichtversicherung der Amtsbesitzer wird mit Wirkung vom 1. Januar 1929 an dahin geändert, daß die unbegrenzte Deckung mit ägyptischer Beteiligung der Amtsbesitzer und Gemeindefürsorge aufgehoben und dafür eine begrenzte Deckungssumme für Personen, Sach- und Vermögensschäden gewährt wird, bei welcher die beteiligten Gemeinden und die Amtsbesitzer keinerlei Haftung mehr zu leisten haben. — Außerdem wurde nach einer Reihe kleinerer Gegenstände beraten.

**Reutlingen, 8. Dez.** (Für Gemeinderatswahl.) Wert: Stecht Du 2 Stimmzettel in den Umschlag, so ist Deine Wahl ungültig! Du sollst nicht zu viele Stimmen abgeben! Mehr als 8 Stimmen darf kein Wahlzettel enthalten! Im übrigen gilt auch für Reutlingen das gestern von Herrenalb und heute von Völkensfeld Erwähnte, nur mit dem Unterschied, daß 8 Personen zu wählen sind. Es dürfen nur Personen gewählt werden, die auf den zwei Wahlvorschlägen leben. Stimme unter allen Umständen ab und gehe rechtzeitig zur Wahl.

**Reutlingen, 8. Dez.** Die Zahl der Wahlberechtigten bei der morgen stattfindenden Gemeinderatswahl beträgt nach der abgeschlossenen Wählerliste 1782, 1919 waren 1517, 1922 1751, 1925 1792 Wahlberechtigte.

**Reutlingen, 7. Dez.** Die Bescheidenheit deren sich unser Mitbürger Friedrich Gollmer, Schlauchfabrikant, in Stadt und Bezirk ab seinem lauten Lebens erfreuen durfte, fand heute Nachmittag bei seinem Lebensbegangnis ererbenden Ausdruck; außer Teilnehmern und Teilnehmerinnen an allen Kreisen der Bevölkerung bemerkten wir Staats-, Kommunal- und Räte, Beamte und Gemeinderäte. Der Gemeinderat, welcher dem Verstorbenen vieles verdankte, beteiligte sich geschlossen, von der Feuerwehr, deren Jubilar der Dahingegangene war, war eine Abordnung erschienen. Vor dem Trauerhaus und am Grab sang seinem langjährigen Mitglied der „Wiederkehr“, während ein Teil der Feuerwehrkapelle durch Trauerweihen und Choralmusik die erste Feier unternahm. Defen Dr. Regelin entwarf ein Lebensbild des Unschliffenen, den er als guten Christen, liebesollen Vater und Großvater und tüchtigen, strebsamen Geschäftsmann schilderte. In erheben Reden durch den Gemeinderat, die Arbeiterkassette der Firma Gollmer & Dummel und die Handwerkerkammer Reutlingen fand die hohe Verehrung und die Anteilnahme an seine Person, der Dank für geleistete unermüdete Dienste breiteten Ausdruck. Friedrich Gollmer ist ein dankbares Gedächtnis seiner Mitbürger geblieben; er ruhe im Frieden!

**Reutlingen, 8. Dez.** Von einem anonymen Einiender gingen uns zwei Wahlvorschläge je mit der Überschrift „In den Bürgerauschuss“ und mit Namen, die größtenteils auf einem Wahlaufruf stehen, deren Aufnahme wir, weil uns der Absender unbekannt ist, ablehnen müssen.

**Reutlingen, 7. Dez.** Der im Zusammenhang mit den von seiner Frau wegen Unterschlagung ihr von Waldrennacher Einwohnern anvertrauter Gelder, die sie an die Oberamtsverfassung hätte abliefern sollen, verhaftete Hermann Böhm von Waldrennach, ist vom Gericht wieder auf freien Fuß gesetzt worden. Die endgültige Summe der verurteilten und geschätzten Gelder steht noch nicht fest, da die Erhebungen noch nicht abgeschlossen sind.

**Wetterbericht.** Der Hochdruck über dem Kontinent schwächt sich ab. Für Sonntag und Montag ist wieder mehrfaches Nebelwetter, auch zu Niederschlägen geeignetes Wetter zu erwarten.

**Völkensfeld, 8. Dez.** (Für Gemeinderatswahl.) Auf die im Anzeigenteil dieses Blattes enthaltene amtliche Bekanntmachung wird hingewiesen. Aus dem Wahlverfahren seien folgende Punkte zur Beachtung hervorgehoben: Die Stimmzettel müssen von weissem Papier und dürfen mit keinem anderen Kennzeichen versehen sein. Gewählt werden dürfen nur solche Einwohner, die auf den amtlich bekannt gegebenen Wahlvorschlägen enthalten sind. Am einfachsten wird ein gedruckter Stimmzettel derjenigen Wählervereinsung verwendet, der die Stimmen ganz oder zum größten Teil zugewendet werden sollen. Diese gedruckten Stimmzettel können mit dem amtlich bekannt gegebenen Wahlvorschlägen überein. Da hier 7 Gemeinderatsmitglieder neu zu wählen sind, dürfen die Wähler insgesamt 7 Stimmen abgeben. Sie können die zu Wählenden den 3 Wahlvorschlägen, d. h. zugleich den 3 angegebenen gedruckten Stimmzetteln entnehmen und auf den

gedruckten Stimmzetteln Namen schreiben und dafür andere Namen beilegen. Regelmäßig wird einem Kandidaten eine Stimme zugewendet. Es dürfen aber auch 2 oder höchstens 3 Stimmen einem Bewerber zugewendet werden. Dies ist dann auf dem Stimmzettel durch eine Zahl oder ein sonstiges Zeichen unzweifelhaft zum Ausdruck zu bringen. Soweit auf einem Zettel mehr als 7 Stimmen stehen, werden die überschüssigen Stimmen an letzter Stelle durch die Wahlkommission getilgt. Es empfiehlt sich, daß der Wähler seinen Stimmzettel hiernach seldst vollständig fertig macht. Jeder Wähler darf nur einen Stimmzettel abgeben, nicht etwa 2, weil er vielleicht von 2 Wahlvorschlägen Bewerber entnehmen will. Gibt der Wähler also 2 Stimmzettel ab, so sind beide ungültig.

**Herrenalb, 6. Dez.** Eine für die Entwicklung des Kurorts sehr wichtige Frage beschäftigt zurzeit die Interessenten, und da jeder Einwohner ohne Ausnahme direkt oder indirekt am Gedeihen des Kurorts interessiert ist, sollte für alle gemein erörtert werden; es handelt sich um die Erstellung einer Großgarage. Derrenalb ist heute schon darauf angewiesen, seinen mittels Auto ankommenden Gästen jede Annehmlichkeit bezüglich Unterbringung und Behandlung des Wagens zu bieten, welche andere Orte zu bieten in der Lage sind. Der Wagenlenker, besonders der sog. „Derrenalbfahrer“, welcher vor einem guten Hotel vorfährt, steht heute in erster Linie nicht mehr darnach, ob das Bett hübsch weich und komfortabel ist, sondern ob er für seinen Wagen möglichst dicht beim Hause ein hübsches Unterkommen findet. Oft kommt es vor, daß ein solcher Gast einfach eine Etappe weiterfährt, wenn seine diesbezüglichen Erwartungen sich nicht erfüllen. Da nun damit zu rechnen ist, daß immer mehr gerade aus den Kreisen der gutgehenden Gäste mit dem Auto ankommen werden, anfangt — wie leichter — mit der Eisenbahn, so liegt die Wichtigkeit der Frage auf der Hand. Rande Hotels und Pensionen werden sich selbst durch Erstellung einiger Boxen helfen können, aber die meisten sind dazu nicht in der Lage, sei es, daß der geeignete Platz beim Hause fehlt, sei es, daß nach Lage des Orts, Gehalts die Rentabilität zweifelhaft erscheint. Diese Schwierigkeit würde aus eine moderne Großgarage mit ca. 20 Boxen beseitigen. Selbstverständlich muß das Unternehmen von privater Seite finanziert und betrieben werden. Die Gemeinde als solche wird naturgemäß dem Plane fördernd und wohlwollend gegenüberstehen, es ist jedoch kein Grund vorhanden, eine solche Anlage etwa in eigener Regie zu erstellen. Kommunale Unternehmungen sind selten rentabel, und hier scheint eine Rentabilität für den privaten Unternehmer doch wohl gegeben. Es ist denn auch schon ein Interesse auf dem Plane erschienen, und zwar ein ernst zu nehmendes, aber leider scheiterte die Sache an der Platzfrage. Denn dieses Angebot beschränkte sich auf den kürzlich von der Stadt erworbenen Viehhof auf mühlenplatz u. lebte die Diskussion über eine anderweitige Regelung der Platzfrage von vornherein ab. Es ist aber zu hoffen, daß in dieser außerordentlich wichtigen Angelegenheit noch nicht das letzte Wort gesprochen ist.

**Schönbühl, 7. Dez.** Unter Glockengeläute und Begleitung von Vertretern des Kirchengemeinderats Bad Völkensfeld zog am Mittwoch, den 5. d. M., vorm. kurz nach 11 Uhr, unser neuernannter Ortsgeistlicher, Herr Pfarrer Gaiser, bisher zweiter Stadtpfarrer in Bad Völkensfeld, in unsere Gemeinde ein. An der Kirche von unserem bisherigen Pfarrverweser und dem Vikar, sowie den Ortsvorstehern, dem Kirchensänger und dem Gesamt-Kirchengemeinderat des Kirchfelds empfangen, empfing ihn in der letzten Zeit schon hergerichtetes Pfarrhaus, bei dem sich bereits eine größere Zahl Einwohner und Ausgäste eingefunden hatte. Hier fand eine feierliche Begrüßung statt. Ein Schülerchor unter Leitung von Musiklehrer Schmid eröffnete die Feier, worauf Schultheiß Hermann den neuen Ortsgeistlichen und Seelsorger, sowie seine Frau Gemahlin in herzlichen Worten begrüßte. Seiner Ansprache folgte das Lied „Mit dem Herrn sang alles an“ gesungen vom hiesigen Gesangsverein unter Leitung von Oberlehrer Schöller. Sichtlich erfreut über die ihm und seiner Frau zu teil gewordene Ehrung dankte Herr Pfarrer Gaiser in warmen, zu Herzen gehenden Worten für den feierlichen Empfang und die herzliche Aufnahme.

## Neueste Nachrichten.

**München, 8. Dez.** Die bayerische Staatsregierung will für das Jahr 1929 die Mittel für 15000 Wohnungen bereitstellen. — Vor einiger Zeit hat sich in Kosenheim der sehr bekannte Münchener Anwalt Justizrat Dr. Adolf Strauß erschossen. Jetzt wurde festgestellt, daß er ungefähr eine halbe Million an Gebühren, sowie Praxiszinsen und Projektgebühren von Kunden unterschlagen und außerdem etwa 30 solche Wechsel in Umlauf gesetzt hat.

**Wald, 7. Dez.** Im Hohenwald wurde die Leiche eines 21-jährigen Mannes aus Völkensfeld, bei der Selbstverlesung in der linken Seite hatte. Der junge Mann war kurz vorher mit einem anderen Mann auf Jodelbüden an der Begrenzung vorbeigefahren. Hier war er von Jodelbüden angerufen worden, weil er auf dem Rücken einen schmerzhaften Stoß empfand. Der Mann trotz Anrufen weiter fuhr, aber der Jodelbüden zwei Schritte ab, wozu einer der Schmutzler traf, der sich noch ein Streicheln weilt fortgeschleppte, dann aber ist zusammenbrach. Der Stoß Koffee ist nicht bei ihm gefunden worden, jedoch angenommen werden muß, daß der andere Kadfahrer die Schmutzlerworte an sich genommen und damit das Wort gesagt hat.

**Berlin, 8. Dez.** Der Berliner Moler Doktor Huberer ist durch die Betrügereien eines Nachahmers um sein Erbe aus dem Besitz einer vermögenden Schwester gebracht worden. Gleichzeitig mit ihm sind noch mehrere Verwandte ebenfalls auf das schwerste geschädigt worden. Im ganzen hat der betrügerische Nachahmer, dessen Name Eduard Prud'homme ist und in Reg. sein Amt ausübt, etwa 425 000 Franken und mehrere Grundstücke der verstorbenen Huberers durchbrochen. Prud'homme ist in Haft genommen worden.

**Breslau, 7. Dez.** Vor dem erstinstanzlichen Schöffengericht hatte sich der 40-jährige norddeutsche Kaufmann Josef Wlozek wegen Erpressung gegenüber einem Kaplan zu verantworten. Er hatte ihm erzählt, daß er eine Menge Material habe, das eine Breslauer Wochenzeitung demnächst veröffentlichen werde. Für 1000 Mark Schmelzgold müßte er dagegen bereit sein, die Veröffentlichung zu verhindern. Der Kaplan der sich keiner Verführung bewußt war, oder jeden Skandal vermeiden wollte, zahlte zunächst 500 Reichsmark und verpflichtete sich, den restlichen Betrag postlagernd nach Breslau zu überweisen. Das Gericht verurteilte Wlozek in Anbetracht dessen, daß er sich in Not und Verzweiflung befunden habe, zu sechs Monaten Gefängnis.

**Mosdorf, 8. Dez.** In Götterweil ermordete ein Einwohner in seinem nachts heimkehrenden Sohne einen Dieb, der in seinem Hühnerstall eindringen wollte. Als der Sohn nicht sofort auf seinen Anruf antwortete, schloß er kurz entschlossen und trotz des Sohns, der mit lebensgefährlichen Verletzungen zusammenbrach.

**Paris, 7. Dez.** Nach dem „Aurore“ wird in der Angelegenheit „Gazette de France“ morgen oder übermorgen das Konkursverfahren eröffnet werden. Die Zahl der Klagen, die gegen die „Gazette de France“ und ihre Finanzgesellschaften bis heute bei dem Pariser Gericht eingereicht wurden, beläuft sich auf 297.

**Washington, 7. Dez.** Staatssekretär Kellogg erschien heute vor dem auswärtigen Ausschuss des Senates und legte dar, daß der Kelloggplan Amerikas nicht in ausländische Differenzen einzugreifen zwingt, sondern ihm im Gegenteil seine Aktionsfreiheit in sämtlichen internationalen Angelegenheiten voll erhalte.

**Vienna, 7. Dez.** In ein Kupferbergwerk bei Morozzo drang Wasser aus einem benachbarten großen Wasserwerk ein. Nach Schätzungen des Arbeitsministeriums sind bei der Ueberflutung der

# Bürgerliche Wählerinnen und Wähler, stimmt reiflos ab bei der Gemeinderatswahl!

Gruppe 27 Personen ums Leben gekommen, noch nichtamtlich Schätzungen 84.

**Wahlkraft und Schlange legen ihre Parteiamter nieder.**  
Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ zu der heutigen Sitzung der deutschen nationalen Parteivertretung mittell, sind Anträge auf Satzungsänderungen von mehreren Seiten gestellt worden, vor allem von dem neuen Parteivorsitzenden Heinrich Dugenberg. In den Verhandlungen, die der heutigen Tagung vorangehen, sind diese Anträge bereits vordereit und teilweise abgeändert worden. Die beiden hiesigen stellvertretenden Parteivorsitzenden, die Abgeordneten Schlange und Wahlkraft, haben ihre Ämter niedergelegt.

**Landrat v. Wilsa in den vorläufigen Abhandlung verlegt.**  
Kassel, 7. Dez. Das Verfahren gegen den Landrat von Kirchhain v. Wilsa, hat seinen Abschluß gefunden. Durch Beschluß des Staatsministeriums ist Landrat v. Wilsa einverleitet in den Abhandlung verlegt worden. Die Frage seiner weiteren Verwendung ist noch nicht entschieden. Bis zur Ernennung eines Nachfolgers ist Regierungsdirektor Dr. Knoll von der Regierung Kassel mit der interimistischen Leitung des Landkreises Kirchhain beauftragt worden.

## Wahlkraft in Kassel.

**Kassel, 7. Dez.** Die Juckerfabrik Warburg A.G., eine der bedeutendsten Juckerfabriken Mitteldeutschlands, steht seit 11 Uhr in Flammen. Das Feuer ist in einem der riesigen Erdenräume für Juckerrohmaterial ausgebrochen, in dem zurzeit ca. 6000 Doppelcentner Material lagern. Die Flammen haben sich, durch den Sturmwind angefaßt, über das ganze etwa 13000 Quadratmeter große Fabrikgelände ausgedehnt. Die Rauchschwaden sind im Füllern, Vacuumapparaten, der Juckerzentrifuge und der Kaffinerie stehen in Flammen. Ganz Warburg ist von dem Schein des gewaltigen Feuermerces in rot Glut getaucht.

## Der Kreditbrief-Schwindler entlarvt und gefänglich.

**Berlin, 7. Dez.** Der in Paris verhaftete Kreditbrief-Schwindler ist jetzt einmündig festgestellt als ein Kammare Maxime Troinescu. Der Verhaftete, der eine sehr bewegte Vergangenheit hat und unter den verschiedensten Namen die größten Betrügereien verübt und vollendet, hat ein volles Verständnis angelegt; seiner Auslieferung dürfte wohl nicht im Wege stehen. In Paris wurde er 1923 wegen Schwindels, Verführung zu mehreren Monaten Gefängnis verurteilt, später auch in Prag wegen Schwindels. 1925 erhielt er in Brüssel 7 Monate und im nächsten Jahr in Luxemburg wegen Schwindels, Betruges und Diebstahl eine längere Gefängnisstrafe. Seit einem Jahr befindet er sich wieder auf freiem Fuß und lebt ausschließlich von Kreditbriefschwindeln und Fälschungen. Der zweite Mann, der mit ihm verhaftet wurde, ebenfalls ein Rumäne namens Lupescu. Er beging im Jahr 1925 große Schwindelverbrechen in Völkensfeld und wurde dann nach Frankfurt a. M. 1922 war er bereits nach einem großen Betrag aus Wien flüchtig geworden. Mit den beiden werden sich nun die Strafbehörden von Deutschland, Holland, der Schweiz und Frankreich zunächst beschäftigen.

## Deutscher Protest gegen die Rainer Verhaftungen.

Der „Berl. Lokalanzeiger“ meldet aus Frankfurt a. M. Gegen das Vorgehen der französischen Polizei im Rahmen Reichsovermögungen wird die deutsche Regierung Protest in der französischen Regierung einlegen, mit der Betonung, daß die Verhaftungen im Reichsovermögungen den deutschen Souveränität im beizugehen Gewalt darstellen, auch dann, wenn die Verhaftungen gegen die Verhafteten in Recht bestehen sollten. Die Rainer Klagen die vor einigen Tagen die Meldung von der Verhaftung einiger französischer Offiziere drachten, wurden von den Franzosen gestunnen, die Meldung zu widerrufen.

## Der gefälschte Brief des Landesfinanzamts.

In der Provisionsaffäre des Landesfinanzamts Berlin ist der Untersuchungsrichter beim Landgericht I gegen den als verschiedenen Sprichtären bekannte Kaufmann Kurt Lorenz und den Kaufmann Max Deiss, der beschuldigt wird, ein Schreiben des Landesfinanzamts, das ihm einen Reichtumsanspruch von 1,4 Millionen ausübte, gefälscht zu haben, die Voruntersuchung eröffnet. Der Verlauf der Untersuchung wird Klarheit darüber schaffen, ob und in welchem Umfang Verhaftungen zutreffen, die gegen den Anwalt Deiss Rechtsanwalt und Rott Dr. v. Völkenshausen-Wolff, erhoben werden.

## Reiner Fleischn für die Räumung.

**Berlin, 7. Dez.** Reichsausschussminister Dr. Stresemann und die deutsche Abordnung ist am Freitag abend um 8.30 Uhr von Berlin nach Lugano abgereist. Auch Briand hat am Freitag vormittag bereits die Reise angetreten, ohne den englischen Außenminister in Paris abzuwarten, weil er die Ansicht hat, noch vor dessen Eintreffen in Lugano mit Dr. Stresemann erst einmal unter 4 Augen zusammenzukommen. Die Reichsregierung hielt am frühen Nachmittag eine sehr konvulsive Kabinettsitzung, in der Dr. Stresemann über die Angelegenheit

**Die Bewegung der Vieh- und Fleischpreise.** Auf der Stuttgarter Vieh- und Schlachthof, der für die Rarität und Preisbildung in Württemberg maßgebend ist, war im Mittelstand des Württ. Statistischen Landesamts im letzten Jahre die Zufuhr, insbesondere in Großvieh und Kalben, beträchtlich größer als im Vorjahr. Die Preise in Württemberg im Durchschnitt des Monats Oktober 1928 haben unter dem Durchschnitt des Jahres 1927 und zwar in Ochsen um 13 Prozent, in Jungvieh um 12,2 Prozent und in Kalben um 1,1 Prozent. Dagegen liegt der Schweinepreis des Monats Oktober 1928 über dem Preis des Jahres 1927 (um 18,6 Proz.). Die Fleischpreise (Kuchen- oder Verbrauchspreise) sind am 1. November 1928 gegenüber dem Durchschnitt des Jahres 1927 in Ochsenfleisch niedriger um 7 Prozent, in Rindfleisch niedriger um 7 Prozent, in Kalbfleisch niedriger um 4,9 Prozent, in Schweinefleisch höher um 13,9 Prozent. Die Preise in Ochsen-, Rind- und Kalbfleisch sind also in nicht ganz gleicher Maße zurückgegangen wie die Preise für Ochsen, Rinder, Kalber; andererseits ist aber der Schweinefleischpreis nicht gleich stark in die Höhe gegangen wie der Schweinepreis. Die Preise des laufenden Jahres liegen bis in die letzte Zeit hinein nicht unbedeutlich über dem Durchschnitt des Jahres 1927. Die Preise des Monats Oktober 1928 sind jedoch gegen den Durchschnitt des Jahres 1927 nur noch um weniges höher, teilweise sogar niedriger und auch bei der letzten Quartauskunft vom 13. November 1928 hat sich eine wesentliche Preisveränderung gegen die vorliegende Auskunft vom Oktober d. J. nicht ergeben.

## Weitere

**Edingen** 200 Angeklagte unter Leitung über die Entlassung der zur Erhöhung von 500 Mann allen Teil.

**Dangst** den Entlassung man, daß Hälfte der Dezember werden, noch 2 gr. unangenehm die Rettung

# Bürgerliche Wählerinnen und Wähler, stimmt reiflos ab bei der Gemeinderatswahl!



und Wähler, Gemeinderatswahl!

... nach nichtamtlichen ...

Parlamentarier nieder ...

in Habeband verlegt ...

... und gekündigt ...

... Verhaftungen ...

... des Finanzamts ...

... Mäunung!

... Heilshelme ...

... Bauplatz ...

... Strickmaschinen ...

... Jakob Lanzche ...

... und Wähler, Gemeinderatswahl!

... vorstehenden Tagung des Völkerbundrats Bericht ...

... in Habeband verlegt ...

... Verhaftungen ...

... des Finanzamts ...

... Mäunung!

... Heilshelme ...

... Bauplatz ...

... Strickmaschinen ...

... Jakob Lanzche ...

... und Wähler, Gemeinderatswahl!

... Teil der von der Schichtarbeit zur Entlassung kommen ...

... Feldbereinigung I Conweiler ...

... männliche oder weibliche Kraft ...

... Gemeinderatswahl ...

... Brennholzverkauf ...

... Weihnachtsbitte ...

... Bauplatz ...

... Strickmaschinen ...

... Jakob Lanzche ...

... Strickmaschinen ...

... Jakob Lanzche ...

... und Wähler, Gemeinderatswahl!

Oberamtsstadt Neuenbürg. Gemeinderatswahl am 9. Dezember 1928. Die Wahl dauert von vorm. 9 bis nachmittags 4 Uhr.

Neuenbürg, 8. Dezember 1928. Todes-Anzeige. Verwandten, Freunden und Bekannten geben wir die schmerzliche Nachricht, daß meine liebe Gattin, unsere treubestehende Mutter, Schwiegermutter und Großmutter, Elise Finkbeiner, geb. Bichhoff, im Alter von 62 Jahren infolge Schlaganfalls unerwartet rasch von uns genommen wurde.

Wähler — Wählerinnen! Wir brauchen für die nächsten Jahre Männer auf dem Rathaus, die frei sind von verwandtschaftlichen und beruflichen Beziehungen zur Einwohnerschaft, die in der Lage sind, durch ein freies Wort ihrer Meinung Ausdruck zu verleihen, die dadurch in erster Linie für Wahrung der Interessen Neuenbürgs und seiner Bewohner ohne Ansehen der Person eintreten können.

Wähler! Wählerinnen! Der sozialdemokratische Wahlvorschlagn bringt uns Leute, die keine reinen Arbeitervertreter sind. Die sozialdemokratische Fraktion wird allmählich zur Fabrikanten-Fraktion. Sie kann unter Umständen künftig so aussehen: Fabrikant Fr. Reiter, Ernst Vollmer, Jakob Kugele, dazu ein Zimmermeister, ein Schuhmachermeister, ein Kaufmannvereinskassier und nur ein Arbeiter!

Stoffhaus L. & E. Müller Zerrenerstr. 6 • Blumenstr. 28. Im Hause Metzgerei Zügel. Neben Ufa. Pforzheim.

Seidenstoffe Kleiderstoffe Baumwollwaren Weisswaren zu den billigsten Preisen.

Zur Gemeinderatswahl in Calmbach! Tatsache ist, daß die Gemeinde Calmbach sachverständige, praktisch erfahrene Männer als Berater in Bauarbeiten in Zukunft nötig hat. Calmbach hat aber nicht nur die im Freitag-„Engländer“ durch „Wahlpropaganda“ empfohlene Unternehmer, sondern noch andere sehr tüchtige, erfahrene Männer, welche ebenfalls Kenntnisse in Straßen- und Wohnungsbauten haben.

An die Wählerinnen und Wähler in Höfen a. Eng! Wagt Ihr noch, wer Euch vor sechs Jahren im Fall seiner Wahl billige Milch und eine Gemeindepolitik zu Euren Gunsten versprochen hat? Und was hat derselbe von seinen Versprechungen gehalten? Nichts! Gebt ihm deshalb morgen die einzig richtige Antwort. Einzig, die noch daran denken.

Feldbereinigung I Conweiler. Durch Erlass der Zentralstelle für die Landwirtschaft vom 27. November 1928 ist die auf der Abstimmungstagfahrt vom 24. Oktober 1928 einstimmig beschlossene Feldbereinigung mit neuer Feldeinteilung der Gewände Blumenfeld, Dorben, Oberhalb des Langenhalber Wegs, Struet, Strielh, Thäcker, Oberhalb des Marktwegs, Oberhalb des Reutewegs, Ob dem Überzmerchen Weg, Hellmold, Hell, Heidenacker, Lange Acker, Mitten im Dorf an der Hauptstraße, unten im Dorf ob dem Marktweg, Herdeichen, Brunnensfeld und Fleckenprießen der Markung Conweiler genehmigt worden.

Neuenbürg. Schöner Bauplatz, an der Alten Pforzheimer Straße gelegen, etwa 12 Hektar groß, mit vielen Obstbäumen, unter günstigen Bedingungen im Auftrag zu verkaufen. Näheres durch Frig Müller, Immobilien- und Hypotheken-Vermittlung, Brunnen-Strasse 38.

Strickmaschinen fürämtl. Strickwaren empfiehlt Jakob Lanzche, Nähmaschinen, Strickmaschinenlager, Pforzheim, Deimlingstr. 8.

# Wahl-Aufruf der Bürgerlichen Vereinigung.

Die Bürgerliche Vereinigung, zusammengesetzt aus den bürgerlichen politischen Parteien und wirtschaftlichen Organisationen, hat in wiederholten gründlichen Beratungen unter Berücksichtigung aller in Betracht kommenden Wünsche und Interessen der Bürgerschaft sich auf nachstehende Kandidaten geeinigt, welche nach reiflicher Überlegung der Bürgerschaft hiermit empfohlen werden. Es sind dies die Herren:

1. Kähler, Karl, Oberamtspfleger.
2. Ferenbach, Robert, sen., Schreinermeister.
3. Mahler, Eugen, Kaufmann.
4. Beller, Georg, Ingenieur.
5. Schmidt, Emil, Effigfabrikant.
6. Schur, Wilhelm, Postinspektor.
7. Bischoff, Carl, Zimmermeister.
8. Lindemann, Ernst, Kaufmann.

Der Wahlausschuß der Bürgerlichen Vereinigung hat sich bei der Auswahl dieser Kandidaten von dem Gedanken leiten lassen, der Bürgerschaft Männer zu präsentieren, durch welche die Gewähr einer gerechten Vertretung aller Erwerbsstände gegeben ist. Angesichts der strengen Organisation der Vereinigten Arbeiterschaft, die mehr oder weniger politische Zwecke und eine etwas einseitige Interessendvertretung im Auge hat, war es nicht möglich, einen Vertreter aus der Arbeitnehmergruppe zu gewinnen; Name und Charakteristika unserer Kandidaten bürgen aber dafür, daß sie keineswegs einseitige Interessen vertreten, sondern nicht minder wie die Vertreter der Arbeiterschaft, soweit es sich mit den Interessen einer vorurteilsfreien, unparteiischen Gemeindepolitik vereinbaren läßt, auch dem Arbeiterstand, der heute, wie die meisten Berufsstände, unter der Schwere der Zeit zu leiden hat, ein warmführendes Herz entgegenbringen.

Wir stehen auf dem Standpunkt, Politik ist angezogen in Land- und Reichstag und auf den Rathäusern der Großstädte, an kleineren Plätzen gehört sie nicht auf das Rathaus, denn Politik verdirbt vielfach den Charakter. Maßgebend allein sollen sein die Wahrung der Interessen der Gesamtbevölkerung ohne Ansehen der Person in bezug auf Partei, Religion oder Stand. Dabei ist Voraussetzung, daß die Interessen der Stadtgemeinde nicht ins Hintertreffen kommen.

Unsere trostlose Wirtschaftslage, die Erfüllungen an den Feindbund durch den Dawesplan, der sich in diesem und mehr noch in den folgenden Jahren noch weiter verhängnisvoll auswirkt und wie ein Damoklesschwert über dem Haupte jedes deutschen Steuerzahlers schwebt, gebietet alleräußerste Sparsamkeit im Gemeindehaushalt, um die Gemeindeumlage nicht noch mehr hinaufschrauben zu lassen. Von dieser Zwangslage, in der wir uns mit vielen anderen Gemeinden heute befinden, werden sich unsere Vertreter leiten lassen, ohne jedoch dabei ihr Ohr nicht zu umgehenden Ausgaben zu verschließen.

Kähler, Karl, Oberamtspfleger, wollte mit Rücksicht auf sein Alter seine drei Jahrzehnte umfassende Tätigkeit als Vertreter der Bürgerschaft und seine sonstige Inanspruchnahme bei anderen Ämtern sich zurückziehen; der Wahlausschuß konnte und wollte ihn aber nicht missen. Er ist der einzige Verwaltungsmann im Gemeinderat; seine Tätigkeit wird auch von der Gegenseite geschätzt, die ihm 1922 mit der übrigen Bürgerschaft durch die außergewöhnlich hohe Stimmenzahl von 1143 Stimmen ihr Vertrauen ausdrückte. Was ihn besonders empfehlenswert macht, ist seine große Erfahrung in Verwaltung und Gemeindeangelegenheiten und daß er es wie kein anderer versteht, in verständlichem Geiste zu wirken, wenn die erregten Geister auf einander schlagen.

Ferenbach, Robert, sen., Schreinermeister, ist ausgesprochener Handwerkervertreter, den zu wählen kein Handwerker unterlassen darf, mag er eingestellt sein wie er will. Nur nicht von kleinlichen Dingen sich beherrsigen lassen. Der Mann gilt, Ferenbach hat in seinem Beruf von der Fische auf gedient und durch Fleiß und Geschick sich emporgearbeitet. Reiche Lebenserfahrungen, praktisches Verständnis für den Ernst unserer wirtschaftlichen Lage, tüchtiger Geschäftsmann, hat er sich in den sechs Jahren seiner Tätigkeit gut bewährt. 940 Stimmen durfte er damals buchen, er hat das in ihn gesetzte Vertrauen gewiß gerechtfertigt.

Beller, Georg, Ingenieur, hat sich während der 6 Jahre, da er als Vertreter der Bürgerschaft dem Gemeinderat angehörte, als eine tüchtige Kraft erwiesen, was sowohl die Gemeinderats- wie die Kommissionsitzungen zeigen. Gesunde Auffassungsgabe, gediegenes Wissen lassen ihn besonders empfehlenswert erscheinen. Seine Tätigkeit für das Gemeinwohl und die Interessen manches durch die Not der Zeit in Bedrängnis Geratenen ist besonders anzuerkennen.

Mahler, Eugen, Kaufmann, als Vertreter des kaufmännischen Handelsstandes erweist sich in weiten Kreisen besonderer Beliebtheit. Auf dem Gebiete des Kriegervereins wiewohl hat er sich als guter Kamerad bei jeder Gelegenheit bewährt. Seine Tätigkeit als Gemeinderat seit 1919 ist eine gute Empfehlung, der sich wohl kaum ein einsichtiger Wähler verschließen wird.

Schmidt, Emil, Effigfabrikant, hat bereits dem Kollegium angehört, ist also kein Neuling. Er ist ein Mann, der mit seinem Urteil nicht zurückhält, frisch drauf los und unentwegt seine Meinung äußert, dabei dem Gegner offen ins Auge geschaut, sind Eigenschaften, die nicht jeder besitzt. Mit den Verhältnissen unseres Gemeinwesens ist er auf dem Laufenden und durchaus befähigt, das Vertrauen seiner Wähler zu rechtfertigen.

Schur, Wilhelm, Postinspektor. Wieder ein Beamter, wird mancher denken. Der Schatten dieses Berufes und die Voreingenommenheit gegen diesen Stand hatten vielen unserer Beamten zu Unrecht an. Der Wahlausschuß stellt sich nicht auf diesen einseitigen Standpunkt. Schur ist einer von jenen, der recht gut weiß, wo diefen oder jenen der Schuh drückt und dessen Rat nach Kräften abzugeben er jederzeit bereit ist. Welcher Kriegervereins-Kamerad weiß ihm nicht in dem einen oder anderen Fall Dank für Hilfe in der Not!

Bischoff, Carl, Zimmermeister. Hier gibt es nicht viel zu sagen. Wer kennt nicht den biederen Handwerksmeister, der heute noch trotz seines Beinshadens seinem Beruf nachgeht. Die Hauptsache: einen hellen Kopf und einen klaren Blick hat er sich erhalten, dazu strenge Unparteilichkeit, das genügt, um die Interessen des Handwerkerstandes unter Berücksichtigung der Allgemein-Interessen zu fördern.

Lindemann, Ernst, Kaufmann. Der Kleinkaufmannsstand ist, nachdem G. K. Pfister nicht mehr auftritt, nicht vertreten. Der Wahlausschuß hat sich deshalb der Kandidatur Lindemann, nachdem er ihm empfohlen wurde, nicht verschlossen und dabei weiter berücksichtigt, daß unsere katholischen Gemeindegossen eine Vertretung auf dem Rathaus haben. Wer konzipant ist und die Sache nicht durch die Parteilinse betrachtet, wird die Auffassung Lindemanns unterstützen.

Der Wahlausschuß der Bürgerlichen Vereinigung glaubt, mit diesen Männern eine würdige Vertretung der Bürgerschaft zu präsentieren und bittet dieselbe, ihre Stimmen auf den Wohlwortschlag der Bürgerlichen Vereinigung abzugeben. Er sieht es als selbstverständlich an, daß auch die Arbeiterschaft eine entsprechende Vertretung hat; im Hinblick auf die gewaltige Steuerkraft, welche Industrie, Gewerbe und Handwerk in sich schließen, die jene der Arbeiterschaft weit übertrifft, soll gerechterweise eine dieser Steuerkraft entsprechende Vertretung dieser drei Gruppen jagebilligt werden, denn mit der Existenz und Gedeihen von Industrie, wir betonen besonders das letztere, ist logischerweise eng verbunden das Schicksal der Arbeitnehmer.

Das Bestreben der Vertreter der Bürgerlichen Vereinigung wird sein, gemeinsam mit den Vertretern der Arbeiterschaft einträchtig zum Wohle der Stadt und ihrer Bewohner ihres Amtes zu walten und unter Hintansetzung jeglicher Sonderinteressen und politischen Ziele.

Man hat dem Bürger- und Handwerkerstand — und dies mit Recht — zum Vorwurf gemacht, daß er gleichgültig und abgestumpft öffentlichen Dingen und namentlich den Gemeindegewahlen gegenübersteht. Wir bitten dringend, in diesen Fehler nicht erneut zu verfallen, will er verhüten, daß Zustände eintreten, die auch ihm zum Schaden gereichen, sondern ausnahmslos morgen Sonntag obigen Kandidaten seine Stimme zu geben.

Das Wahlrecht schließt auch die Wahlpflicht ein, wer sich dieser bei Gemeindegewahlen entzieht, hat nachher kein Recht zur Kritik an Rathausbeschlüssen.

Darum laßt euch nicht durch falsche Propheten betören, sondern wählt alle, wählt richtig.

Wählt die Kandidaten der Bürgerlichen Vereinigung!  
Der Wahlausschuß der Bürgerlichen Vereinigung.

Wahlzeit von 9 Uhr früh bis 4 Uhr nachmittags.

## Neuenbürg. Aufgepaßt, bürgerliche Wählerinnen und Wähler!

Als Folge des Revolutionsjahres entfielen 1919 bei der Gemeinderatswahl 5221 Stimmen auf die Linksparteien, 3983 Stimmen auf die Bürgerliche Vereinigung; 1922 konnte die Vereinigte Arbeiterschaft nur noch 3848 Stimmen buchen gegen 5837 Stimmen der Bürgerlichen Vereinigung, die Wählerchaft hatte eingesehen, daß ihr mit Diktatorgelüsten und Phrasen linksgerichteter Führer nicht gedient ist. 1925 zählte die Vereinigte Arbeiterschaft 4338 Stimmen, die Bürgerliche Vereinigung 4757 Stimmen je ihrer gewählten Kandidaten, die bürgerlichen Stimmen waren zurückgegangen, während die Stimmen der Linken im Zunehmen waren. Gemessen an Land- und Reichstagswahlen geht der Zug nach links. Die Parole muß morgen Sonntag lauten: „Den letzten bürgerl. Wähler an die Wahlurne!“ soll der Sieg auf der Seite der Bürgerl. Vereinigung sein.  
Wahlausschuß der Bürgerlichen Vereinigung.

Ecke Metzger- und Blumenstraße

### Preiswerter Weihnachts- verkauf!

## C. Berner

Damen- u. Kinder-Bekleidung

PFORZHEIM

### Ihr Frauen und Männer von Neuenbürg!

Wählt am 9. Dezember die Kandidaten der  
**Bereinigten Arbeiterschaft.**

Sie geben Euch die Gewähr, daß keine Interessenpolitik auf dem Rathaus getrieben wird. Ihre Pflicht ist einzig und allein auf das Wohl der Allgemeinheit eingestellt und es kann daher die Wahl nicht schwer fallen, Liste 2 zu wählen!

### Bürgerliche Wähler und Wählerinnen!

Eindringliche Worte richten wir an Euch! Beherzigt sie und macht unter allen Umständen von Eurer Wahlrecht Gebrauch! Legt die Flauheit und Gleichgültigkeit in Eurer eigenen Interesse ab! Sind die Bürgerlichen einig, dann hat es keine Gefahr!

Als die Revolutionswogen 1919 hochgingen, erbrachten sie bei der Gemeinderatswahl acht Bürgerliche, acht Linksparteiler. Der Führer der Linksparteiler schlug damals, wie sich die Teilnehmer an der denkwürdigen ersten Gemeinderatsitzung noch gut erinnern, Töne an, die geradezu in Drohungen ausklangen und einer gedeihlichen Zusammenarbeit des Gemeinderats nichts Gutes verhießen. Es waren Diktatorröne, die den Interessen einer Stadt wie Neuenbürg nicht Rechnung trugen.

Hand aufs Herz, jeder, der es mit unserem Gemeinwesen gut meint! Was haben uns die zehn Jahre seit 1918 Gutes gebracht? Von einem ungeahnten Wohlstand, wie ein sozialistischer Führer in den Revolutionsstagen dem bedürftigen deutschen Volke verkündete, keine Spur! Dafür Entbehrung und Elend, Not in allen Kreisen ohne Ausnahme.  
**An Alle!**

Laßt Euch alle, die Ihr es mit Neuenbürg und einem harmonischen Zusammenarbeiten gut meint, nicht betören durch Phrasen, denen das deutsche Volk nicht bloß einmal zum Opfer fiel. Lernt aus den Erfahrungen der letzten zehn Jahre und beurteilt die Phrasenhelden nach ihren Taten und Gebärden!

Beamte, Angestellte, Gewerbetreibende und Arbeiter, überlegt und prüft und wählt Liste 1 der Bürgerlichen Vereinigung.  
Der Wahlausschuß der Bürgerlichen Vereinigung.

## Damen-Mäntel

in großer Auswahl  
empfiehlt  
E. Strauß, Spezialgeschäft für Berufsbekleidung, Pforzheim,  
Zerrennerstraße 2.

### Turnverein Neuenbürg.

Morgen Sonntag, nach  
6 Uhr  
Versammlung  
im Nebenzimmer z. Karl Es  
bereiten.  
Der Vorstand.

### Zimmer- Schützenverein Neuenbürg.

Schluß- und Vereins-  
Preis-Schießen  
am 8. und 9. Dezbr. 1922  
im Lokal z. „Eintocher“  
Zahlreiche Beteiligung  
erwartet  
das Schützenmeisteramt.

### LHypotheke

zu 8% Zins  
Nach-Hypotheke  
zu besten Bedingungen  
Darlehen von 1000 J. an  
wobei bei Rückzahlung  
Auszahlung durch  
Alber & Co.  
O. m. b. H.  
Neuenbürg, Friedrichstr. 11  
Telephon 221 45 46  
Alle Verträge der höchsten  
Sicherheit zu erfordern.

### Hypotheken- und Baugelder

Liegenschafts-An- u. Verkäufe  
vermittelt rasch und zu günstigen  
Bedingungen

Fritz Müller, Neuenbürg,  
Vertreter der Fa. Alber & Co., Stuttgart.  
Zu sprechen abds. von 5 Uhr an

### Für Schuhmacher! Gelegenheitskauf! Schäfte

in Kalbleder, Rindleder,  
Borkhals, Rindbor,  
jedes Paar Mk. 4,75,  
solange Vorrat,  
bei  
S. Mazur, Pforzheim,  
Bahnhofstr. 12.

### Pinoleum

der ideale  
Fußbodenbelag  
Karl Schüßges  
Pforzheim  
Preis 1, a Markt

### Evang. Gottesdienst in Neuenbürg.

Sonntag, 9. Dezember.  
(2. Advent.)  
10 Uhr Predigt (Luk. 12, 35-48)  
Lied Nr. 533.  
Stadtkirche Jetter.  
11 Uhr Christenlehre (Luk. 12, 35-48)  
Debam Dr. Meierlin.  
8 Uhr Aufführung des Räuberbundes: „Der arme Heinrich“  
(Turnhalle).  
Mittwoch abends 8 Uhr Vorlesung  
des Lutherklubs in der Kirche.  
In Vorbereitung ist am Donnerstag  
abends 8 Uhr Bibelstudium.

### Kath. Gottesdienst in Neuenbürg.

Am Sonntag den 9. Dezember.  
9 Uhr Predigt und Amt.  
11, 2 Uhr Christenlehre u. Gebets-  
andacht.  
Am Mittwoch den 12. Dezember.  
7, 1 Uhr: Koralle.

